

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Dr. Petra Loibl

Abg. Paul Knoblach

Abg. Martin Böhm

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Ruth Müller

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)

Evaluierung der Düngeverordnung (Drs. 19/3260)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Harald Meußgeier für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir fordern die Staatsregierung auf, eine Studie in Auftrag zu geben, um die Belastung der bayerischen Landwirte in Bezug auf die seit 2017 bestehende Düngeverordnung zu ermitteln. Die derzeitige Düngeverordnung steht aus unserer Sicht zu Recht in der Kritik. Immer mehr Landwirte beklagen nicht nur die wirtschaftliche Belastung, sondern auch die langfristigen Schäden an ihren Flächen. Diese Verordnung, wie sie momentan existiert, verkennet die Realität vor Ort und ignoriert die Bedürfnisse unserer landwirtschaftlichen Betriebe. Meine sehr verehrten Kollegen, es ist untragbar, dass wichtige Stimmen aus der Landwirtschaft bis heute ignoriert werden. Vor allem im Wettbewerb mit unseren Nachbarländern ist die Düngeverordnung ein dauerhaftes Ärgernis.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Auch der Verbraucher bekommt die Auswirkungen der verschärften Düngeauflagen zu spüren; zum Beispiel die Preisexplosion bei Milchprodukten sowie die sinkende Qualität des Getreides. Für den Futterweizen bekommt der Erzeuger circa 50 Euro weniger pro Tonne als für Qualitätsweizen.

Der Vorsitzende des Metro-Konzerns, Steffen Greubel, warnte vor Kurzem, dass die langfristige Verfügbarkeit von Lebensmitteln zu einer zentralen Aufgabe werde. Er äußerte sich wie folgt: "Die Frage, ob ausreichend Waren zur Verfügung stehen, wird Europa mehr beschäftigen als die Preisgestaltung." – Er sagt, die Produzenten müssten unterstützt werden, damit sie ihre Waren weiterhin ausreichend zur Verfügung haben.

Greubel sagte weiter: "Die steigenden Kosten bei Butter sind eine direkte Folge sinkender Milchqualität." – Der Grund dafür ist klar: Weniger Rinder und ein schlechteres Futter – hervorgerufen durch geänderte Düngevorschriften, die zu einer Milch mit geringerem Fettgehalt führen.

Wir, die AfD, halten es für dringend notwendig, dass die Staatsregierung hier aktiv wird. Es muss Folgendes geprüft werden:

Erstens. Die wirtschaftlichen Schäden, die den Landwirten durch die Bewirtschaftungsauflagen entstanden sind.

Zweitens. Die Neuüberprüfung des Verursacherprinzips im Hinblick auf die tatsächlichen Einträge der Landwirtschaft.

Drittens. Die Auswirkungen der Einschränkungen auf die langfristige Flächenbewirtschaftung und die Evaluierung der Düngeverordnung.

Um Qualitätsweizen zu erzeugen, muss ein Proteingehalt von mindestens 13 % erreicht werden. Dieser Wert ist nur zu erreichen, wenn der Landwirt die Pflanzen bedarfsgerecht ernährt und ausreichend Stickstoff zuführt. Dies ist mit der Düngeverordnung in vielen Fällen nicht mehr möglich. Die zollfreien Importe von Getreide aus der Ukraine sind ein weiteres Problem unserer Landwirte. Hier wird mit Substanzen gedüngt, die seit Jahrzehnten bei uns verboten sind.

In einigen Fällen ist die Landwirtschaft nicht der Grund für das Auftreten von erhöhten Werten. Oft sind auch andere Verursacher verantwortlich, wie zum Beispiel nahe gelegene Mülldeponien oder alte, verschüttete Müllhalden. Wir wollen eine Neuüberprü-

fung des Verursacherprinzips. Die bisher erfassten Nitratdaten sind wenig aussagekräftig, da die Messstellen nicht repräsentativ aufgestellt sind. Unsere Nachbarländer waren hier schlauer.

Überprüft werden muss auch, wie sich die überbürokratische und unverhältnismäßige Düngeverordnung langfristig auswirkt. Übrigens fehlt bislang immer noch ein umfassender Bericht, und sachlich betrachtet führt die derzeitige Gesetzgebung zu einer Stagnation. Die Konkurrenzfähigkeit unserer Landwirte wird untergraben, die Erträge sinken und die ökologische Nachhaltigkeit wird zerstört. Vor allem in Bayern wurden sehr viele rote Gebiete ausgewiesen. Nur durch eine konkrete Analyse können wir die Kosten der Düngeverordnung abwägen und ein System schaffen, das sowohl der Wirtschaft als auch der Umwelt gerecht wird. Dies sollte doch im Interesse aller sein, meine sehr verehrten Kollegen.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Dr. Petra Loibl.

Dr. Petra Loibl (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nur einmal zur Klarstellung: Der Titel dieses Antrages lautet "Evaluierung der Düngeverordnung". Lieber Herr Kollege Meußgeier, ich bin erstaunt, welche Zusammenhänge Sie hergestellt haben. Die nahe gelegene Müllhalde, die Milchpreisentwicklung und die Ukraine-Importe führen Sie auf die fehlende Evaluierung der Düngeverordnung zurück. Es ist zwar schon spät, aber lassen Sie mich trotzdem zum Thema zurückkommen. Vielleicht trägt es ja etwas zur Sachlichkeit bei.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD))

Zuerst möchte ich darauf hinweisen, dass die Evaluierung der EU-Nitratrichtlinie und die Evaluierung der Düngeverordnung bereits erfolgen. Bei der Evaluierung der Nitrat-

richtlinie steht die EU-Kommission im Austausch mit dem Bund. Der Bund wiederum hat die Evaluierung der Düngeverordnung in Auftrag gegeben. Uns allen ist ein Begriff, dass die Monitoringverordnung auf den Weg gebracht wurde.

Mit Ihrem Antrag suggerieren Sie – und das ist wohl die eigentliche Intention dieses Antrages –, dass die bayerische Landwirtschaft durch die Bewirtschaftungsauflagen aufgrund der Düngeverordnung erhebliche wirtschaftliche Schäden erleidet. Fakt ist, dass die Erträge in Bayern seit den Neunzigerjahren ein hohes Ertragsplateau erreicht haben, zum Beispiel bei Getreide. Fakt ist auch, dass sich die Reduktion der Stickstoffdüngung, die hier gefordert wird, nicht auf die Einzelfläche bezieht, sondern auf den Gesamtbetrieb. Somit ist die Gestaltungsmöglichkeit des Betriebes wieder gegeben, auf welchen Kulturen er die 20 % einsparen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Antrag wird unserer bayerischen Landwirtschaft jeglicher Sachverstand abgesprochen. Die Landwirte wissen, wie sie sach- und fachgerecht düngen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Devise, je mehr, umso besser, hat noch nie funktioniert. Die Landwirte sind vom Fach, und entsprechend der guten landwirtschaftlichen Praxis führen sie seit vielen Jahren die sogenannte Düngebedarfsermittlung durch, in der sie vor der Saison je nach Fruchtart, Ertragserwartung, Stickstoffgehalt im Boden, Vor- und Zwischenfrucht sowie Stickstoffnachlieferung aus der organischen Düngung genau berechnen, was eingebracht werden darf und was nicht. Die Landwirte können das, und die Landwirte tun das. Sie sprechen von einem desaströsen Ertragsrückgang. 5 % bei einem Ertrag von rund 75 Dezitonnen pro Hektar sind 3,75 Dezitonnen pro Hektar.

Lassen Sie mich zum eigentlichen Sinn und Zweck dieser Düngeverordnung kommen. Dieser ist der Gewässerschutz. Das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes weist zu Recht darauf hin, dass die Düngeverordnung mit der Ausweisung der roten Gebiete die Interessen des Gewässerschutzes berücksichtigt. Meine sehr geehrten

Damen und Herren, unsere Landwirte wollen doch die Letzten sein, die unser Trinkwasser gefährden und dafür Verantwortung tragen, dass eine kostenintensive Nachbehandlung des Trinkwassers erforderlich ist!

All das, was Sie hier vorgebracht haben, weist ein Untergangsszenario aus. Ich vermisse den Ausblick in die Zukunft. Wir wissen, dass derzeit die 1.500 Messstellen auf den Weg gebracht werden, die eine Neuausweisung durch mehr Datenqualität ermöglichen. Wir wissen auch, dass sich unsere Bayerische Staatsregierung auf Bundesebene intensiv und wiederholt dafür eingesetzt hat, dass eine Maßnahmendifferenzierung stattfindet und gewässerschonend wirtschaftende Betriebe mit Ausnahmen rechnen können. Ich finde keinen Zusammenhang mit der Müllhalde, dem steigenden Milchpreis und Getreideimporten.

Wir haben diesen Antrag im Ausschuss intensiv diskutiert und werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Harald Meußgeier vor.

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrte Frau Kollegin, ich finde es ein bisschen komisch, wenn Sie hier mit diesen Argumenten kommen. Ich wollte eigentlich nur aufzählen, mit welchen Problemen unsere Landwirte draußen zu kämpfen haben, übrigens auch mit der Düngeverordnung. Die Aussage zu den Müllhalden ist stimmig, weil, wenn eine Müllhalde in dem Bereich liegt, wo sich eine Messstelle befindet, das auch den Nitratwert verändern kann. Das wollte ich damit aufzeigen.

Ich wollte den Landwirten nicht die Kompetenz absprechen, dass sie ihre Böden selbst düngen können. Nur stehen unsere Landwirte in Konkurrenz mit den Nachbarländern, und das ist für viele Landwirte mittlerweile ein Problem. Ich unterhalte mich bei mir im Gebiet mit vielen Landwirten. Diese haben im Moment alle mit den Getreide-

deeeinführungen aus der Ukraine zu kämpfen. Das Preisdumping, das hier im Moment stattfindet, stört die Landwirte.

Dr. Petra Loibl (CSU): Lieber Herr Kollege, danke für Ihr Korreferat. Ich kann Ihnen versichern, ich weiß auch, worum es bei den roten Gebieten geht. Unser landwirtschaftlicher Betrieb hat zu 100 % rote Gebiete. Sie wollen mit Ihrem Antrag aber eigentlich nicht eine Evaluierung der Düngeverordnung erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Paul Knoblach für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der GRÜNEN wird dem Antrag der AfD-Fraktion nicht zustimmen. Wir sind davon überzeugt, dass es der AfD bei diesem Antrag wie auch bei vielen anderen nicht wirklich um Sachpolitik und auch hier nicht um eine Evaluierung der Düngeverordnung geht, sondern um den Versuch, sich kurz vor einer Wahl noch einmal bei den wichtigen Menschen in der Landwirtschaft beliebt zu machen.

Tatsache ist, diese Düngeverordnung wurde nicht ohne Grund geschaffen, sondern sie erfüllt einen wichtigen Zweck. Es geht um nicht weniger als um den Schutz des Grundwassers. Eine weitere Tatsache ist, dass die Belastung des Grundwassers in Bayern an manchen Orten leider immer noch zu hoch ist. Das liegt nun einmal in erster Linie daran, dass Düngemittel nicht ordnungsgemäß und doch in zu hoher Menge ausgebracht wurden. Dabei möchte ich aber auch festhalten, dass das Bewusstsein für diese Situation in den landwirtschaftlichen Betrieben in den letzten Jahren sehr gestiegen ist. Es gibt Verbesserungen, aber diese reichen noch nicht aus; da ist noch Luft nach oben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sauberes Grundwasser ist nun einmal das wichtigste Lebensmittel, das wir haben. Wir können nicht darauf verzichten. Deshalb wollen und können wir auch nicht darauf verzichten, mit entsprechendem Handwerkszeug die Werte zu überwachen und mit der Düngeverordnung dafür zu sorgen, dass mit Düngemitteln verantwortungsbewusst umgegangen wird. Diese Regeln gelten übrigens nicht nur in Bayern, sondern in allen Bundesländern und in allen EU-Nachbarländern.

Die AfD fordert jetzt eine Studie, die untersuchen soll, wo die Schäden dieser Verordnung für die Landwirtschaft liegen und wie hoch sie sind. Für mich und ebenso für meine Fraktion steht fest, dass wir uns das Geld für eine solche Studie sparen können; denn dass unser Grundwasser mancherorts deutlich stärker belastet ist, als es uns recht sein kann, wurde von neutralen Expertinnen und Experten festgestellt. Über von der Wissenschaft festgesetzte Grenzwerte müssen wir wirklich keine Studien mehr veranlassen. Das Verursacherprinzip überprüfen zu lassen, macht ebenfalls keinen Sinn; denn die Messstellen, von denen es jetzt endlich auch eine wesentlich höhere Zahl gibt, sprechen eine deutliche Sprache. Diese Ansicht teilt mittlerweile auch der Bayerische Bauernverband.

Die AfD stellt die Forderung auf, die wirtschaftlichen Schäden zu errechnen, die den bäuerlichen Betrieben durch die Auflagen der Verordnung entstehen. Hier kann ich nur klarstellen, dass Landwirtschaft langfristig denkt. Bei mir, in meiner Familie sind das schlappe 400 Jahre. Gerade die Landwirtinnen und Landwirte brauchen sauberes Wasser und gesunde Böden; denn diese beiden Faktoren sind unverzichtbar und tragen dazu bei, dass es in ausreichender Menge gesunde Nahrungsmittel gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn die AfD jetzt behauptet, dass die Düngeverordnung – ich zitiere – Landwirte zu Unrecht als Umweltverschmutzer stigmatisiert, dann ist das eine glatte Verdrehung der Tatsachen. Das Gegenteil ist nämlich der Fall. Jeder bäuerliche Betrieb, der die Grenzwerte einhält – und das sind wirklich sehr viele –, leistet einen großen Beitrag

zum Schutz unseres Wassers und unserer Umwelt. Alle diese Betriebe haben bei uns GRÜNEN höchste Anerkennung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu kommt noch – das ist offenbar an Ihnen, der AfD, vorbeigegangen –, dass Pflanzenzucht- und Landwirtschaftsberatungen seit Jahren ihre Düngeempfehlungen senken. Dennoch sind die Erträge, wie schon von der Kollegin ausgeführt, sogar gestiegen. Das wissen alle außerhalb des rechten bis rechtsextremen Spektrums. Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, es liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Martin Böhm vor.

Martin Böhm (AfD): Geschätzter Kollege Knoblach, erst einmal herzlichen Glückwunsch, dass die Familie 400 Jahre lang ohne Nitratmessstellen gut zurechtgekommen ist, wie es nämlich bei anständigen Bauern auch heute noch der Fall ist.

Ich will auf etwas eingehen, das mir zwei Auslandsreisen gezeigt haben. Der Kollege Gotthardt war bei beiden Reisen dabei und wird es bestätigen können. Einmal waren wir in Bulgarien, einmal in Polen. Dort habe ich jeweils Männern Fragen gestellt, die von der Position her mit einem Bezirkstagspräsidenten bei uns vergleichbar sind. Ich habe immer nach Nitratmessstellen gefragt und danach, wie viele es bei ihnen in der Woiwodschaft gibt. Die erschreckende Antwort war: gar keine; denn sie wussten überhaupt nicht, was Nitratmessstellen sind. Das sind Tatsachen. Mehrere Mitreisende der Ausschussreisen können Ihnen bestätigen, dass es so war. Da stellt sich mir die Frage, warum in Deutschland und in Bayern Bauern mit Nitratmessstellen gequält werden und man in anderen Ländern, gleich neben uns, noch nicht einmal weiß, was das ist. Wie können Sie sich das erklären?

Paul Knoblach (GRÜNE): Herr Kollege, ich bestehe nicht darauf, dass Sie mich weiterhin als geschätzten Herrn Kollegen bezeichnen. Wenn Sie das lassen, bin ich Ihnen nicht böse, im Gegenteil. Mir geht es mit Ihnen nämlich ähnlich.

Warum macht Bulgarien Dinge anders als wir? – Ich bin nicht davon überzeugt, dass Sie da recht haben. Wie wir beide wissen, ist Bulgarien ein EU-Nachbarland. Manche Dinge mögen anders als bei uns geregelt sein. Aber das Land Bulgarien unterliegt demselben Recht wie wir in Bayern und in Deutschland. Ich bin sicher, dass es in Bulgarien Messstellen gibt. Womöglich nennen sie sie, wie wir auch, nicht Nitratmessstellen, sondern Grundwassermessstellen. Bulgarien ist genauso auf sauberes Wasser angewiesen wie wir alle hier.

Noch eines zu Ihrem Wissen: Unsere Landesanstalt für Landwirtschaft, eine hervorragende Einrichtung des Freistaats, hat in Versuchen nachgewiesen, dass eine circa zwanzigprozentige Reduzierung der Düngemittelzufuhr –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Paul Knoblach (GRÜNE): – hier in Bayern immer noch gute Erträge bringt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Kollege Nikolaus Kraus.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Geschätztes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde – das sind wir nicht mehr gewohnt – ein AfD-Antrag zum Thema "Evaluierung der Düngeverordnung". Diesen Antrag hatten wir im September schon im Ausschuss, und es wird niemanden verwundern, dass wir den Antrag auch heute wieder ablehnen werden. Eigentlich ist es ganz einfach, das Protokoll der Ausschusssitzung zu lesen; denn da steht alles drin. Ich habe das Protokoll gelesen, und es steht sogar darin, dass der Kollege Ralf Stadler gesagt hat, Bayern macht eh schon

sehr viele Dinge; wir sind da auf einem guten Weg. – Zumindest habe ich das im Protokoll gelesen. Das zeigt auch, dass wir wirklich vorbildlich arbeiten.

Darüber, dass das Thema kompliziert ist, braucht man natürlich nicht zu reden. Meine Kollegen haben schon viel angesprochen. Wenn man jetzt wirklich 20 % in den roten Gebieten reduzieren würde, hätte man vier bis fünf Doppelzentner oder vier bis fünf Prozent oder je nach den Höchstlagen Ertragseinbußen. Natürlich wissen wir alle, dass wir Qualität erzeugen müssen – für den Handel, für die aufnehmende Hand, für die Mühlen, für die Bäcker, für die Industrie. Sie brauchen Qualität. Aber die hängt natürlich nicht nur vom Nitrat ab. Dieser Antrag reduziert die ganze Landwirtschaft einfach nur auf die Nitratdüngung.

Zu den drei Fragen, die in dem Antrag gestellt werden:

Wenn ich die wirtschaftlichen Schäden für die bayerische Landwirtschaft ausrechnen möchte, multipliziere ich von mir aus die Weizenfläche mal Hektar mal die Doppelzentner, die laut den Studien der schlechtere Ertrag sind, mal die Preise, und dann habe ich das. Ich glaube nicht, dass das Ministerium oder die Regierung etwas anders machen könnten.

Das Verursacherprinzip ist natürlich schon interessant. Es ist schon gesagt worden: Wir waren uns vor einigen Jahren einig, dass wir das Messstellennetz verdichten wollen. Meines Wissens ist die Zahl bis Ende des Jahres 2024 auf circa 1.500 Stellen, plus oder minus, erhöht worden. Das ist für mich die Grundlage, die Basis, damit wir da wirklich in der Zukunft gesicherte Daten bekommen.

Jetzt im Frühjahr, also im März, wird es eine deutsche Agrarministerkonferenz geben. Da treffen sich alle Länderminister, und sie werden uns auf der Grundlage dieser Daten dann einen Vorschlag unterbreiten. Ich bin mir ganz, ganz sicher, dass wir da einen Vorschlag finden werden, der auch von den Fachverbänden – das ist auch schon gesagt worden, dem Bayerischen Bauernverband etc. – angenommen wird. Da-

nach können wir die Sache ganz ruhig und sachlich angehen, zum Wohle unserer bayerischen Bauern.

Vier Wochen vor einer Bundestagswahl einen solchen Antrag im Plenum hochzuziehen, ist einfach ein bisschen billig; das hätte es zu später Stunde nicht gebraucht. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion spricht die Kollegin Ruth Müller.

Ruth Müller (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD fordert in ihrem Antrag, eine Studie in Auftrag zu geben, die die Belastungen der Landwirtschaft im Hinblick auf die roten und gelben Gebiete ermitteln soll. Dabei ignoriert sie bewusst die Fakten, weil wir ohne diese Maßnahmen täglich Strafzahlungen in Höhe von rund 800.000 Euro hätten leisten müssen.

In der Folge wurden rote und gelbe Gebiete definiert, in denen besondere Vorgaben bei der Düngung gelten. Es geht dabei nämlich nicht nur um die Landwirtschaft, sondern es geht um unser kostbares Trinkwasser und um unsere Zukunft. Übrigens haben wir als SPD einen sozial gerechten Vorschlag für einen Wassercent gemacht, der sehr viel sinnvoller als das noch immer nicht völlig schlüssige Konzept der Regierungsfractionen ist.

Wir als SPD setzen uns seit Jahren für den Ausbau des Messstellennetzes ein, weil wir wissen, dass gute Politik auf belastbaren Daten basieren muss. Das weiß auch der bayerische Umweltminister Thorsten Glauber, der den Koalitionsvertrag umsetzen und das Messstellennetz endlich ausbauen muss.

Apropos Umweltminister Thorsten Glauber: Dessen Chef, der stellvertretende Ministerpräsident, hat ja einmal seine ganz eigene Begründung für die hohen Nitratwerte geliefert. Erstoffene Ratten im Kanalnetz seien die Übeltäter. – Das Umweltministerium

hat mir dann einräumen müssen, dass das völliger Quatsch ist. An dieser Stelle gilt mein Mitgefühl dem armen Ministerialbeamten, der mir das erklären musste.

Liebe Bäuerinnen und Bauern, wir verstehen Ihre Sorgen. Es geht nicht darum, Sie zu gängeln, sondern darum, gemeinsam Lösungen zu finden. Wir wissen, dass unsere Landwirtinnen und Landwirten an 365 Tagen im Jahr dafür sorgen, dass wir mit Lebensmitteln versorgt werden. Danke an dieser Stelle für Ihre Arbeit! Nur mit nachhaltiger Landwirtschaft können wir künftige Generationen absichern. Wer Ihnen etwas anderes erzählt, betreibt Augenwischerei. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind alle übrigen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Genderverbot an bayerischen Schulen effektiv durchsetzen!", Drucksache 19/3326, bekannt. Mit Ja haben 26 gestimmt, mit Nein 117, Stimmenthaltungen: 0. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)